„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Edmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bolk, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 30c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Zuerst wirtschaftlicher Aufbau!

Ein lateinisches Sprichwort sagt: „Primum vivere et deinde philosophari" — — „Zuerst leben und dann philosophieren". Das gilt für alle privaten und öffentlichen Unternehmungen, das gilt auch für unser Canada. Was nützt es, hier über große politische und geistige Probleme sich die Köpfe zu zerbrechen, wenn nicht eine gesunde und dauernde wirtschaftliche Grundlage geschaffen ist, auf der das canadische Volk in Ruhe leben und seine kulturellen Kräfte entwickeln kann?

Wer möchte im Ernste behaupten, daß die ökonomischen Vorbedingungen dafür bereits geschaffen seien? Ist die canadische Volkswirtschaft schon ein solch festes Gefüge, ist sie schon so stabil, daß sie die Belastung durch innere Zerwürfnisse und innere Kämpfe vertragen kann?

Trotz all der gewaltigen Aufbauarbeit, die in diesem Lande und namentlich im Westen in den letzten 30—40 Jahren von unternehmungslustigen Pionieren pelentet wurde, trägt Canada doch noch zu deutlich die Spuren des wirtschaftlichen Neulandes an sich. Auf Schritt und Tritt begegnen uns die Eierschalen, die dem Weiten anhaften. Die Farmwirtschaft, das Rückgrat des Landes, ist vorwiegend noch auf extensiven Betrieb eingestellt. Die Seßhaftigkeit der Bevölkerung ist noch bei weitem nicht erreicht. Sonst würden alljährlich nicht Tausende und Abertausende über unsere Südgrenze in die Ver. Staaten, ja sogar in das übelberüchtigte Mexiko, abwandern. Die Entwicklung neuer Gewerbe und Industrien, die ein solch großes Land wie Canada gar nicht entbehren kann, wenn es nicht trotz seines natürlichen Reichtums in steter Abhängigkeit von andern leben will, steckt noch in den Kinderschuhen. Wohin wir uns wenden, überall treten uns schon rein äußerlich, im Hausbau, in der Lebensweise, in den Anlagen der Städte und Dörfer, Hunderte von Anzeichen für die Unfertigkeit und Unvollkommenheit des Westens entgegen. Das soll kein Tadel und kein geringschätziges Urteil sein, sondern nur eine Feststellung, die der einfachen Wahrheit entspricht. Die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse soll nur dazu dienen, alle Kräfte anzuspornen, die fähig und bereit sind, am Aufbau eines großen Landes mitzuwirken. Denn es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß Canada, namentlich aber der Westen, eine große wirtschaftliche Zukunft hat, wenn dieses Ziel unentwegt und energisch verfolgt wird.

Notwendig ist vor allem das einträchtliche Zusammengreifen aller Bevölkerungskreise ohne Unterschied der nationalen Abstammung, der Sprache, der Religion und der politischen Anschauungen. Mag jeder seine Ueberzeugung behalten und frei betätigen, wenn er nur dem allgemeinen Besten, dem Gemeinwohl dient, wenn er nicht ein Schmarotzer am canadischen Volkskörper ist. Das sollte die Auffassung sein, die hier allgemeinen Kurswert haben und von jedem anerkannt werden müßte. Aber was müssen wir erleben? Hat es nicht oft genug in der Vergangenheit und auch heute noch den Anschein, als ob die wirtschaftliche Entwicklung nebensächlich und das Kochen irgend einer politischen Suppe die Hauptsache sei? Wie hat man während des Weltkrieges die Deutschcanadier, die zu den tüchtigsten Pionieren und Farmern des Westens zählen, behandelt? Ist man heute ernstlich gewillt, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen? Ist nicht auch heute noch die Muttersprache der Deutschcanadier aus der Oeffentlichkeit verdrängt? Nimmt man heute bei Stellenbesetzungen genügend Rücksicht auf die „Foreigners", die man doch zum Aufbau der Farmwirtschaft des Westens ganz gerne hergezogen hat?

Darum unsere Mahnung an alle, die im politischen Leben dieses Landes in führender und verantwortlicher Stellung stehen: Gebt allen Schichten der Bevölkerung in kultureller Beziehung nach den Grundsätzen wahrer Demokratie vollkommene Freiheit, damit sie, ungehindert durch engherzige nationalistische Instinkte, ihr ganzes Sinnen und Trachten dem wirtschaftlichen Wohle unseres neuen Landes widmen können! Hebt durch Abschaffung aller törichten Maßnahmen der Vergangenheit die Schranken auf, die nur Mißtrauen erzeugen und den Fortschritt auf ökonomischem Gebiete verzögern und aufhalten müssen! Laßt alle sich des Eigenlebens erfreuen, das sie aus ihrem Volke mitgebracht haben! Die „Canadisierung" — wie oft müssen wir das noch aussprechen — wird auf diesem Wege viel schneller und reibungsloser sich vollziehen, als durch künstliche Methoden.

Das Elend der russischen Flüchtlinge

Drei Millionen über die Welt zerstreut.

Alexander Philipow, Chefredakteur der in Paris erscheinenden russischen Zeitung, „Rußkaja Gazetta", hat in einer Unterredung mit Berichterstattern über die Lage der russischen Emigranten folgende Erklärung abgegeben:

„Es gibt nach unseren Ermittlungen über drei Millionen russische Emigranten, die buchstäblich über die ganze Welt verbreitet sind. In Frankreich allein leben rund eine halbe Million Russen, die mit der jetzigen Moskauer Regierung nichts zu tun haben wollen und allen Lockungen, nach ihrem Vaterlande zurückzukehren und die Regierung anzuerkennen, widerstehen. In Paris wohnen rund 200,000 Russen. Ein nicht geringer Teil davon ist schon während des Krieges hergekommen, um in der „Legion Russe" am westlichen Kriegsschauplatz zu kämpfen. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der französischen Regierung mit Moskau hat das russische Auslandkomitee mit dem Hauptsitz in Paris alle juridischen Rechte verloren und ist nichts mehr als ein privates Hilfskomitee. Premier Herriot hat sogar den treuen zaristischen Untertanen die Bitte abgeschlagen, ihnen Erleichterungen bei der Naturalisation als französische Bürger zu gewähren.

In Deutschland befindet sich ebenfalls eine halbe Million antibolschewistisch-gesinnter Russen. In Jugoslawien, das den Emigranten den größten Schutz gewährt, lebt eine viertel Million Russen, hauptsächlich die Reste der Wrangelarmee. In Agram wurde eine russische Universität eingerichtet. Die bulgarischen Kolonien, die seinerzeit von der zurückströmenden weißen Armee gebildet wurde, sind alle aufgelöst und haben sich über alle Länder der Umgebung, meist aber nach Südfrankreich zerstreut, viele sind nach Nordafrika und Amerika ausgewandert. In Cherbourg warten zurzeit nahezu 8000 Russen auf die Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten. Sie arbeiten aber unterdessen ebenso wie unzählige andere unserer Landsleute auf den Straßen, in Fabriken oder wo sich sonst Gelegenheit findet. Das Elend ist überall groß und wir sind trotz der reichlichen Geldmittel, die unsere Komitees erhalten, nicht imstande, wirklich zu helfen.

In England, in den skandinavischen Ländern und in Ungarn haben sich hauptsächlich solche russische Emigranten angesiedelt, die entweder auf die Flucht Geldmittel mitnehmen konnten, oder die in diesen Ländern irgend welchen gesellschaftlichen oder geschäftlichen Zugang vorher schon hatten. In England und den Kolonien gibt es ungefähr 200,000 Russen. Am schlechtesten stehen die Emigranten in Polen, wo sie wegen alter nationaler Gegensätze keinen guten Ruf haben. In Warschau z. B. ist den russischen Emigranten, die ohne jeden diplomatischen Schutz sind, sogar der Aufenthalt verboten. Sie müssen, wie ehedem im zaristischen Rußland die Juden, in der Umgebung der Großstädte, auf dem Lande und in kleinen Städten leben und besitzen nur sehr wenig Gleichberechtigung neben den Polen.

Der Rest der russischen Emigranten verteilt sich auf Südamerika. In Brasilien haben die Russen schon vor einigen Jahren große arbeitsame Kolonien gebildet. Viele Russen haben aber auch nach dem Umsturz über Persien den Weg nach China genommen und existen dort in den meisten Fällen als Hafenarbeiter ein kümmerliches Dasein. Die überwiegende Mehrheit aller russischen Flüchtlinge lebt in größtem Elend und nur einem kleinen Teil ist es gelungen, sei es durch eigenen Besitz, sei es durch Beziehungen oder durch persönliches Talent in guten Verhältnissen zu bleiben. Die Deklassierung, die bei einem großen Teil der geflüchteten Bourgeoisie und des Adels vor sich gegangen ist, hat nicht so sehr in der Entwurzelung ihren Grund, sondern vielmehr in der abstumpfenden Ungeheuerlichkeit des Unglücks."

Weltumschau

Deutschland.

Deutschlands Zahlungen unter dem Dawesplan an die Gläubigernationen beliefen sich im Monat März auf 91,691,000 Mark. Von diesem Betrag erhielt Frankreich 37,900,000 und England 21,000,000 Mark. Dazu kommen 595,000 Mark für welchen Betrag Farbstoffe an Japan geliefert wurden. Die Gesamtzahlungen unter dem Dawesplan während der ersten sieben Monate seiner Durchführung stellen sich laut Rechnung des Generalagenten der Gutzahlung auf 715,000,000.

Die Reichsbank beabsichtigt zu Ende April das Darlehen zurückzuzahlen, das ihr vor geraumer Zeit von der Bank von England gewährt wurde. Das Darlehen hatte sich auf 5,000,000 Pfund Sterling belaufen.

Deutschland wird bei dem Internationalen Kongreß der parlamentarischen Union, der am 1. Oktober d. J. in Washington eröffnet werden soll, durch 30 oder mehr Parlamentarier vertreten sein. Deutschland sind in dem Kongreß nur 19 Sitze zugewiesen, aber das Interesse unter den 156 Gesetzgebern der deutschen Gruppe mit (mit Ausnahme der Nationalisten und Kommunisten) ist ein derart reges, daß die offiziellen stimmberechtigten 19 Delegaten von einem Dutzend oder mehr gewöhnlicher Mitglieder begleitet sein werden. Unter den deutschen Delegaten werden sich folgende Persönlichkeiten befinden: Reichstagspräsident Paul Loebe, Professor Schücking als Obmann der Delegation, der frühere Reichskanzler Joseph Wirth, der ehemalige Gouverneur der deutschen Kolonien Albert Hermann Schnee, der frühere Kolonialminister Bernhard Dernburg, der ehemalige Minister des Innern Eduard David, der den Filene-Friedenspreis gewann; Professor Otto Hoetzsch, der frühere Finanzminister Hans von Raumer, der Sozialistenführer Rudolf Breitscheid und Dr. Gertrude Bäumer.

Nach einem Bericht des Landarbeitsamtes über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage der Rheinprovinz wurden dort Ende März 87,000 unterstützte Vollerwerbslose gezählt. In dieser Zahl sind aber nicht sämtliche Personen enthalten, die infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der Konjunkturschwankungen ohne Arbeit und Erwerb sind. Viele mußten wegen Ablaufs der Unterstützungsdauer der kommunalen Wohlfahrtspflege überwiesen werden. In zahlreichen Bezirken machen sie etwa 50 Prozent der durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützten Personen aus. Auf 1000 Einwohner kommen in der Rheinprovinz 12.8 in der Erwerbslosenfürsorge befindliche Arbeitslose. Am stärksten leidet der Regierungsbezirk Aachen, der 22 Unterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner zählt, mehr als doppelt so viel wie im Regierungsbezirk Düsseldorf mit 10.1. Die schwierige Lage erklärt sich aus den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Aachener Steinkohlenbergbau kämpft unter den schwierigsten Umständen gegen den starken Wettbewerb des holländischen und des Ruhrberghaues. Die Förderung im Aachener Bezirk ist um 28 Prozent geringer als im Ruhrgebiet. Hierzu kommen die höchst ungünstigen Frachtverhältnisse.

In der Verhandlung des Prozesses der 16 Kommunisten unter Anklage des Mordes und terroristischer Handlungen wurde von dem Staatsanwalt die Todesstrafe für fünf der Angeklagten beantragt. In den Fällen der elf anderen wurden Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 15 Jahren verlangt. Der Prozeß, der 9 Wochen in Verhandlung war, wird im Laufe dieser Woche zum Abschluß kommen.

Oesterreich.

Dem österreichischen Arbeiterverband ist von dem französischen Arbeitsministerium mitgeteilt worden, daß „Frankreich willens sei, 10,000 bis 15,000 geübte österreichische Arbeiter zur Bearbeitung der Bergwerke, in den Industrien und zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zuzulassen."

Ungarn.

Beim Umgraben des Gartens des von dem Maler Argad Farago bewohnten Hauses in Angnalföld wurden viele antike Kunstgegenstände aus purem Gold, die sämtlich aus dem 6. bis 8. Jahrhundert v. Ch. stammen, gefunden, darunter Tassen, Vasen, Knöpfe und Armspangen. Der wertvolle Fund wurde dem Nationalmuseum übergeben.

Rumänien.

Der berüchtigte Räuberhauptmann Terente, den die Hamburger Polizei im vorigen Monat in dem Augenblick festnahm, als er sich anschickte, sich nach Amerika einzuschiffen, wurde nach Abschluß des Auslieferungsverfahrens nach Rumänien abtransportiert. Terente traf unter der Eskorte rumänischer Detektivs im Hafen von Piräus ein, von wo er auf das nach Konstanza abgehende Schiff „Prinzipale Carol" übergeführt wurde. Einer der Spießgesellen Terente's wurde von den bulgarischen Behörden festgenommen und ist schon seit einigen Wochen Häftling der Bukarester Polizei.

Polen.

Außenminister Tschitscherin bekräftigte seine mündlichen Vorstellungen an die polnische Regierung betreffs der Ermordung der polnischen Kommunisten Baginski und Wierzorkiewicz durch eine scharfe schriftliche Note. In der Note wird erklärt, daß durch die Nichterfüllung der Abmachung für den Austausch der Gefangenen seitens der polnischen Regierung die Sowjet-Regierung freie Hand erhält, die beiden Polen, die von der Sowjet-Regierung zum Tode verurteilt waren, nach eigenem Ermessen zu behandeln. An diese Erklärung wird die Forderung geknüpft, daß Polen geeignete Maßnahmen zur Bestrafung der an dem Verbrechen beteiligten Personen anordnen solle.

Der Zentral-Vollzugsausschuß der Ukraine-Regierung hat in Beschlüssen die Moskau-Regierung zu schärferem Vorgehen gegen Polen aufgefordert. Erklärt wurde, die Ukraine-Regierung werde vielleicht nicht imstande sein, die Erotterung der Arbeiter und Bauern gegen Polen im Zaume zu halten. Schritte sollten getan werden, um eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle zu verhüten. Protestdemonstrationen werden in verschiedenen Teilen Rußlands veranstaltet. In Leningrad fand ein riesiger Massenzug von 200,000 Russen durch die Straßen statt.

Rußland.

Der Bolschewistenführer Karl Radek, der seit dem Umsturz in Rußland auf die bolschewistische Welt einen großen Einfluß ausübte, welcher nur dem Trotzky's nachstand, scheint das Schicksal bevorzustehen, dem früheren Kriegskommissar der Sowjetregierung in die politische Verbannung zu folgen. Das allmächtige Zentral-Komitee der kommunistischen Partei hat Resolutionen angenommen, in denen Radek's Versuch, einen Parteikampf mit der deutschen Kommunistenpartei heraufzubeschwören, auf das schärfste verurteilt wird. Radek wird in einer Resolution gewarnt, daß nun ihm die Mitgliedschaft in der russischen Kommunistenpartei entzogen würde, falls er fortfahren sollte, sich der Politik der gegenwärtigen Zentralkommission der deutschen Kommunistenpartei zu widersetzen. Radek, Heinrich Brand und Thälhammer, den früheren Führern der deutschen kommunistischen Partei wird verboten, sich fernerhin an den Arbeiten der kommunistischen Internationale zu beteiligen.

Radek's Differenzen mit der deutschen Kommunistenpartei datieren von der Zeit des Fehlschlages der bolschewistischen Revolution in Deutschland her, einem Ereignis, das auch in der Parteikampagne des Vorjahres gegen Trotzky eine große Rolle spielte. Radek, der früher Sobelsohn hieß, ist jüdisch-polnischer Abstammung und wird in Rußland für einen der begabtesten bolschewistischen Schriftsteller und Redner gehalten.

Tichon, der frühere Patriarch von Rußland, der vor drei Tagen an Bruitbräune erkrankte, ist verschieden. Der von der Sowjetregierung gegen den Patriarchen im Jahre 1923 durchgeführte Prozeß hatte damals großes Aufsehen erregt.

Der Kriegskommissar General Frunse hat aufs neue das russische Volk gemahnt, sich für einen Krieg bereit zu halten, der so unerwartet kommen möge wie der Weltkrieg im Jahre 1914. Er erklärte, die kürzlichs Zusammenkunft der Generalstäbe der baltischen Staaten in Helsingfors im Verbindung mit der Tötung der zwei Kommunisten-Offiziere an der polnischen Grenze tue deutlich dar, daß Rußland in Bereitschaft sein müsse, um Angriffe von irgend welcher Seite augenblicklich abzuwehren. Er sagte weiter, wiewohl er glaube, daß die Entente-Länder zur Zeit zu sehr mit Wirtschaftsfragen beschäftigt seien, um sich jetzt mit Krieg zu befassen, so schließe dies keineswegs die Möglichkeit eines Angriffs ihrerseits in der Zukunft aus. Die internationale Lage, sagte er, sei eine solche, daß ein Konflikt jederzeit eintreten könne, weshalb es geboten sei, mit der Bereitstellung der Kriegsstreitkräfte fortzufahren.

Die „Daily Mail" meldet, Vertreter russischer und britischer Bankhäuser unterhandelten zur Zeit mit Wissen des britischen Schatzamts um Anbahnung einer russischen Anleihe in London. Es soll den Russen hierbei zu verstehen gegeben worden sein, daß eine Anleihe nicht eher unter Erwägung genommen werde, als bis Rußland Garantie leistet, daß es die Verpflichtung anerkennt, die Schuld zurückzuzahlen, die es in England hat." Die „Daily Mail" bemerkt, die britische Regierung sei eifrig darauf bedacht, Rußland wieder in den Weltmarkt zurückzubringen, doch wolle sie sich zunächst vergewissern, wie weit von der bereits offenen Tür Gebrauch macht, ehe sie sich in neue Abmachungen einläßt. Rußland soll in Verbindung hiermit darauf hingewiesen haben, daß es kürzlich für große Baumwollankäufe in England Zahlung geleistet habe und daß es außer Stande ist, noch viel weiter zu gehen, wenn ihm keine Gelder zufließen zum Wiederaufbau seiner Industrien.

England.

Am Abend der kürzlichen Ankunft von Lord Balfour in Jaffa in Palästina wurden dort 16 Kommunisten verhaftet. Auf eine diesbezügliche Anfrage im Unterhaus gab der Unterstaatssekretär der Kolonien, Ormsby-Gore, Auskunft. Der Beamte teilte mit: „Aufreizende Anwürfe gegen Earl Balfour in höchst beleidigender Form wurden in Flugschriften in der Stadt Jaffa verbreitet. Nur ein schnelles Eingreifen der Palästina-Regierung verhütete ernste Störungen, während Balfour auf seinem Besuch von Palästina zur Eröffnung der Hebräischen Universität in Jaffa weilte."

Beide Häuser des britischen Parlaments haben einstimmig einen Antrag des Schatzamtskanzlers Winston Churchill angenommen, durch den die auf die 26prozentige Einfuhrabgabe deutscher Waren sich beziehenden gesetzlichen Bestimmungen suspendiert werden. Die Einfuhrabgabe wird dadurch nicht aufgehoben, vielmehr tritt an die Stelle der suspendierten Bestimmungen, die am 10. April in Kraft tretende Verfügung, daß, anstatt der individuellen Einhebung des Einfuhrzolles dieser aus einem für diesen Zweck in Deutschland deponierten Pauschalbetrag bezahlt werden soll.

Die englischen Kohlenarbeiter haben kürzlich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten geschickt, die im energischer Form eine bestimmte Erklärung des Ministeriums verlangte, daß die deutschen Reparationsleistungen in Kohle sofort eingestellt werden sollten. Premier Baldwin antwortete auf die Forderung der Deputation, „daß er sehen wolle, was zu machen sei." Im „Manchester Guardian" unterzieht ein berufener englischer Kohlenfachmann Deutschlands Anteil an der Welt-Ueberproduktion an Kohle. Er hebt hervor, daß England vor dem Kriege mit 43 Prozent an der Kohlenproduktion Europas beteiligt war und daß, wenn auch die Erzeugung der Vereinigten Staaten doppelt so groß war, England der Rang nicht abgestritten werden konnte, der größte Kohlenexporteur der Welt zu sein. Während des Weltkrieges mußte England den Kohlenexport erheblich einschränken und nach dem Bergarbeiterstreik von 1921 war man vielfach der Ansicht, daß hiermit dem englischen Kohlenexport der Todesstoß versetzt sei. In der Folge gelang es jedoch bald, die Hauptabsatzgebiete der Kohle von Süd Wales und Northumberland wieder zu erobern. Im letzten Jahre habe sich über die Lage gänzlich gewandelt. In allen englischen Kohlenrevieren werde die Arbeitszeit verkürzt und die Produktion eingeschränkt. Seit dem 1. Januar d. J. seien im Cardiff-Bezirk, in Northumberland und in Durham mehr als 35,000 Kohlengräber entlassen worden und die Aussichten für die nächste Zukunft seien recht trübe.

In dem Artikel wird dann ausgeführt, daß die Weltproduktion in Kohle im Augenblick den Weltbedarf zu übersteigen scheine. Die Kohlenproduktion Englands, Frankreichs und Belgiens sei größer als vor dem Kriege, während der Weltverbrauch infolge der allgemeinen Stockung in der Weltindustrie unter dem Vorkriegsbedarf liege. Ein Umstand sei mit maßgebend für die Krise im englischen Kohlenexport, nämlich die deutschen Kohlen-Reparationslieferungen.

Die Lieferung Deutschlands von 22 Millionen Tonnen jährlich als Reparationskohle an Frankreich, Belgien und Italien bedeute eine Verringerung der Nachfrage nach englischer Kohle.

Ueber 120 Kohlenzechen in England und Schottland haben seit Beginn des Jahres den Betrieb eingestellt. Der Zechenbesitzer William Towles von Liverpool, Eigentümer der Little Reston Zeche in Cheshire, erklärt, er habe wöchentlich mit 250 Pfund Sterling Verlust gearbeitet. Er hat seinen Arbeitern das Anerbieten gemacht, daß sie den Betrieb für 9 Monate übernehmen und allen Gewinn, der gemacht werden mag, für sich behalten, während er selber wöchentlich 50 Pfund beisteuert, um Verluste abzuwenden. Der Bergleuteverband ist nicht geneigt, das Anerbieten anzunehmen.

Irland.

Die Sozialisten begingen den Sieg der drei sozialistischen Kandidaten für das Ulster-Parlament mit einem Triumphzug durch die Stadt Belfast unter Entfaltung zahlreicher roter Fahnen. Alle drei Sozialisten, die aufgestellt worden waren, wurden auch gewählt. Premier Sir James Craig behält trotz der unerwarteten Einbußen der Unionisten seine Kontrolle in der Legislatur. Das neue Ulster-Haus zählt 32 Unionisten, 10 Nationalisten, 2 Republikaner, 1 Unabhängige, 3 Arbeiterabgeordnete und 1 von der Pächterpartei. In Belfast wurden 7 Unionisten geschlagen, darunter Robert Megan, Parlamentssekretär des Ministeriums des Innern, und Harry Burn, Regierungs-Einpeitscher. Ein Nationalist wurde in Armagh geschlagen. Die zwei erwählten Republikaner sind Eamon de Valera, der unentwegte Verfechter der irischen Republik, und Eamon Donnelly. Premier Craig wird sich zum ersten Male einer kräftigen und feindlichen Gegnerschaft von seiten der Sozialisten und der irischen Republikaner gegenübergestellt sehen. Beide Parteien haben zum ersten Male Mandate für das Ulster-Parlament erhalten.

Der Minister für Handel und Industrie legte dem Parlament des irischen Freistaates die Pläne der deutschen Siemens-Schuckert Firma vor, im Shannon-Fluß eine große Kraftanlage zu errichten, um ganz Irland mit Elektrizität versehen zu können. Der Minister erklärte, die Anlage würde 4,600,000 Pfund Sterling kosten, sowie 600,000 Pfund Sterling Kapitalzinsen während des Baues. Es soll als staatliches Unternehmen ausgeführt werden, gestärkt und finanziert durch den Staat. Er erklärte fernerhin, dem Parlament würde unverzüglich ein Vorschlag eingereicht werden, um das Projekt zum Gesetz zu machen.

Italien.

Premier Mussolini und der deutsche Botschafter in Rom haben eine Verlängerung des Abkommens unterzeichnet, womit zwischen Italien und Deutschland ein Handels-Modus Vivendi getroffen worden war, das mit dem 31. März ausdlief. Die Verlängerung behält bindende Kraft bis zum Abschluß der gegenwärtigen Verhandlungen für einen definitiven Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern.

Belgien.

Premier Theunis behändigte dem König Albert die Resignation des Kabinetts. Er wurde aber von dem Monarchen ersucht, bis zur Neubildung des Ministeriums noch im Amte zu bleiben. Die Parlamentswahlen im Lande ergaben eine laue Beteiligung, da keine großen Streitfragen vorlagen. Die ganze Abstimmung erregte geringes Interesse unter den Wählern. Das Kabinett hatte vor einigen Tagen seine Rücktrittsabsicht kundgegeben. Theunis war Premier des im Dezember 1921 gebildeten Kabinetts und übernahm im März 1924 den gleichen Posten in dem neugestalteten Ministerium. Er verwaltete zugleich das Amt des Finanzministers. Das Parlament war am 6. März durch königliches Dekret aufgelöst worden.

Bulgarien.

Die Behörden kündigen Beschlagnahme kommunistischer Schriftstücke an, welche beweisen, daß für dieses Frühjahr ein bewaffneter Aufstand geplant war. Die Revolution sollte im größten Teil des westlichen Bulgarien am 15. April ausbrechen. Gleichzeitige Handlungen der Sabotage gegen Bahnen, Brücken, Gebäude, Telegraphen- und Telephonlinien waren beabsichtigt. Vorkehrungen für Meuchelmorde waren getroffen und nach den Behörden sollte alles aufgeboten werden, um eine Sowjetrepublik zu errichten. Wie die Regierung sagt, zeigt ein Schreiben von der dritten Moskauer Internationale, das sich unter den beschlagnahmten Dokumenten befand, daß die russische Sowjetregierung von der Verschwörung Kenntnis gehabt hat.

Palästina.

Vor dem Victoria Hotel in Damaskus, wo sich Lord Balfour aufhielt, versammelte sich eine Volksmenge und bewarf das Gebäude mit Steinen. Eingreifen der Polizei verhütete weitere Ausschreitungen. Wegen seines Interesses am Zionismus erregte Balfours Besuch von Palästina bei einem Teil der Moslems Erbitterung. Die Kundgebungen begannen vor einem anderen Hotel. Als die Menge fand, daß Balfour nicht dort war, versammelte sie sich wieder vor dem Victoria-Hotel. Hagel von Steinen wurden gegen das Gebäude geschleudert, ein Dragoman wurde getroffen. Die Polizei trieb die Massen nach einem gegenüberliegenden Platz, wo heftige Reden gehalten wurden. Verschiedene Personen kamen in Haft.

Türkei.

Eine Meldung aus Konstantinopel besagt, der Kurdenaufstand habe sich über die türkisch-persische Grenze ausgedehnt. Die persische Regierung habe deshalb Truppen in jene Gegenden geschickt. Der Kurdenaufstand, der zu Mitte Februar begann, der von Scheik Said geführt wird, hat die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates und die Wiederherstellung des Kalifats zum Ziel. Eine Anzahl Ortschaften, darunter Musch, das 80 Meilen südlich von Erzerum liegt, und Boulanik und Mezlaskert wurden von den Kurden überfallen und geplündert. Ihr Versuch, die Stadt Diarbekr in Besitz zu bekommen, ist soweit vereitelt worden. Eine Meldung lautete, Scheik Said habe in einer Proklamation angekündigt, es liege in seiner Absicht, einen der Söhne des verstorbenen Sultans Hamid zum König von Kurdistan auszurufen.

In einem Kampf mit türkischen Regulären in Guendji wurden etwa tausend der kurdischen Rebellen getötet und hunderte verwundet. Die Türken eroberten den Ort erst nach schweren Verlusten auf beiden Seiten. Wenn auch die Kurden besiegt wurden, so ist der Aufstand doch noch nicht unterdrückt.

Australien.

Westaustralien hat sich gegen Prohibition erklärt. Bei der Abstimmung über die Frage wurden 56,800 Stimmen für und 64,377 gegen Prohibition abgegeben.

Südafrika.

Die Regierung von Südafrika hat sich plötzlich veranlaßt gesehen, in einem Aufstand in dem Mandatsgebiet von Südwestafrika, einer früheren deutschen Kolonie, einzugreifen. Die Schwierigkeiten berühren nicht das ganze Gebiet, sondern nur den Rehoboth Stamm. Dieser aus Mischlingen bestehende Stamm fordert Unabhängigkeit und hat sich an die Völkerliga um Hilfe gewendet. Die Schwierigkeiten hatten schon seit einigen Monaten bestanden, doch waren sie nicht für ernstlich gehalten worden. Der Administrator Holmeyer hat sich mit Truppen nach dem Gebiet begeben, auch sind drei Flugzeuge abgeschickt worden. Man hofft jedoch, die Unstimmigkeiten auf friedlichem Wege regeln zu können.

Britische Beamte melden über die Situation in Südwestafrika, es handle sich nicht um eine Revolte der Eingeborenen des Protektorats gegen britische Oberhoheit. Die Störungen sollen vielmehr Streitigkeiten unter gewissen Stämmen über die Eigentumsrechte über gewisse Ländereien sein, die von anderen Eingeborenen reklamiert werden. Es wird ferner erklärt, die britischen Behörden hätten völlige Kontrolle über die Situation und es stehe nicht zu erwarten, daß die Störungen weiter um sich greifen.

Ver. Staaten.

Wegen Verkaufs von einem Getränke- und Lasterhundert, das nach der Polizei ein Geschäft von Millionen im Jahre machte, wurden bei einer Razzia auf seine Geschäftsstelle in Chicago entdeckt. Acht Personen kamen in Haft. Listen von wohlhabenden Schnapskunden, Namen bestochener Zwangsagenten, Belege über Bierlieferungen und Aehnliches wurden entdeckt. Die Untersucher fanden ein so gutes System der Buchführung wie bei einer großen Geschäftsfirma. John Patton, früher Bürgermeister des Vorortes Burnham, wurde von einem Sergeanten beschuldigt, ihm eine Bestechung von $5000 angeboten zu haben. Die anderen Gefangenen sind Individuen der Unterwelt, wie die Polizei sagt. An der Türe der Flucht von Geschäftszimmern war der Name eines Arztes. Der erste Raum war wie ein Empfangszimmer eingerichtet. Auf den Listen befinden sich die Namen von vielen angesehenen Chicagoern und von großen Hotels als Kunden. Nach den Hintermännern des Syndikats wird gesucht.

Ueberseeische Luftschiffahrt

Dr. Hugo Eckener, der im vorigen Herbst den Zeppelin LZ-3, den jetzigen Luftkreuzer „Los Angeles" der amerikanischen Marine, glücklich von Friedrichshafen nach Lakehurst, N. J., brachte, hielt einen Vortrag vor der königlich aeronautischen Gesellschaft in London, in der er die Möglichkeit und Rentabilität von Flügen von Luftschiffen zwischen London und New York erörterte.

Dr. Eckener erklärte, daß es vom ökonomischen Standpunkt am besten sei, den Fahrpreis für Passagiere nach deren Körpergewicht mit ungefähr einem Pfund Sterling für jedes Pfund Gewicht des Passagiers festzusetzen. Für einen regelmäßigen Flugdienst zwischen England und den Vereinigten Staaten sollten drei große Luftschiffe eingestellt werden. Dr. Eckener rechnete aus, daß jeder Flug, einschließlich der Materialabnützung, der Versicherung und anderer Auslagen ungefähr 10,000 Pfd. betragen würde. Aus der Beförderung von 25 bis 30 Passagieren, bei einem Einzelgewicht derselben von 125 bis 150 Pfund, könnten ungefähr 3000 Pfund Sterling, aus den mitgenommenen Briefschaften 8350 Pfund und aus Gepäck und Paketbeförderung 3750 Pfund, zusammen dabei 16,000 Pfund eingenommen werden, so daß der operierenden Luftreederei ein ansehnlicher Reingewinn übrig bliebe.

Der Preis von 125 bis 150 Pfund für jeden Passagier wird als sehr niedrig angesehen und Dr. Eckener glaubt, daß, sobald einmal das Publikum die Ueberzeugung gewonnen haben werde, daß der Flug in Luftschiffen dieselbe Sicherheit biete als die Fahrt an Bord von Dampfern, zahlreiche Passagiere den Luftdienst benützen werden.

— Technik ist Ausdruck der Hilflosigkeit des Menschen.

— Die Erfüllung eines Wunsches ist meist nur der Beweis seiner Gewöhnlichkeit.

— Man erkennt den Menschen an seinem Ideal. Es ist unser Ich mit positiven Vorzeichen.

— Unser geistiger Besitz ist zum größten Teil das Eigentum anderer.

— Menschentum ist mehr wert als Menschlichkeit.

— Am Zweifel erkennt man den kleinen Geist.